

19
76

Union in Deutschland

Bonn, den 6. Mai 1976

Die Allianz stärken

Der Wahlkampf 1976 wird nicht zuletzt vom Einfluß der internationalen Politik auf die Bundesrepublik Deutschland bestimmt sein. Die enge Freundschaft mit den USA spielt dabei eine besonders wichtige Rolle. Vor seinem Abflug nach Washington erläuterte Helmut Kohl das Ziel seiner Reise in folgender Erklärung für UNION INTERNATIONAL:

Meine Reise in die Vereinigten Staaten ist eine Reise zu Freunden. Die enge Freundschaft mit den USA bleibt für die Bundesrepublik lebenswichtig. Uns verbinden nicht nur gemeinsame Sicherheitsinteressen, wie sie in der Atlantischen Allianz ihren Ausdruck finden. Uns verbinden vor allem die gemeinsamen Grundüberzeugungen einer freiheitlich demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung.

Präsident Ford hat sich gerade in der jüngsten Zeit sehr deutlich zur Entspannungspolitik geäußert. Wir, die Union, haben diese Erklärung des amerikanischen Präsidenten, „eine Politik des Friedens aus der Stärke heraus“ fortzusetzen, begrüßt. Wir werden diese Politik mit allem Nachdruck unterstützen, weil es eine realistische Politik ist. (Fortsetzung auf Seite 2)

■ VOLKSFRONT

Bundeskanzler Helmut Schmidt kann es nicht lassen: Er verharmlöst, wo immer es geht, die Bedrohung der freien Welt durch den Kommunismus. Seite 4

■ MITTELSTAND

Die mittelstandsfeindliche Politik der SPD/FDP-Bundesregierung bedarf nach Meinung des Mittelstandsexperten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hauser, dringend einer Korrektur.

Seiten 7/8

■ KATASTROPHEN

Der Innenminister des Landes Rheinland-Pfalz, Heinz Schwarz, gibt im UiD wichtige Anregungen, welche Voraussetzungen für einen wirksameren Schutz vor Katastrophen und akuten Not-situationen geschaffen werden müssen.

Seiten 11—13

■ CDU-ARGUMENTE

Die Union hat schon früh erkannt, daß Umweltschutz eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Sicherung des Lebens für die Zukunft ist, und entsprechend politisch gehandelt.

Seiten 14/15

■ DOKUMENTATION

UiD bringt eine Gegenüberstellung dessen, was die SPD/FDP-Bundesregierung alles versprochen hat, was sie jedoch nicht halten konnte.

(Fortsetzung von Seite 1)

Dabei sehen wir zwei Aufgaben als vorrangig an:

Wir müssen verteidigungsfähig bleiben,

Wir müssen die freiheitliche Entwicklung im Westen selbst sicherstellen.

Deshalb bleibt die Stärke des Atlantischen Bündnisses Voraussetzung für unsere Sicherheit. Kein westeuropäischer Staat ist heute für sich allein imstande, seine eigene Sicherheit und Freiheit zu wahren.

Das Atlantische Bündnis kann aber nur funktionsfähig bleiben, wenn die militärische Präsenz der USA in Europa gewährleistet und der nukleare Schutz garantiert bleibt.

Nur auf dieser Basis der festen Verankerung im Atlantischen Bündnis ist eine vernünftige und nüchterne, auf Ausgleich und Verständigung gerichtete Entspannungspolitik gegenüber der Sowjetunion und den Ländern Osteuropas möglich.

Entspannungspolitik darf nicht zu Illusionen führen und kein trügerisches Sicherheitsgefühl erzeugen. Wirksame Entspannung setzt deshalb die Schaffung und Sicherung des militärischen Gleichgewichts zwischen West und Ost voraus.

Für uns ist das Atlantische Bündnis aber nicht nur eine militärische Zweckvereinigung, sondern darüber hinaus eine politische Gemeinschaft freier Nationen. Im gemeinsamen solidarischen Handeln müssen wir deshalb die geistigen Grundlagen unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung sichern und unser Identitätsbewußtsein als freiheitliche Demokratie stärken. Nur gemeinsam werden wir die wirtschaftlichen und sozialen Probleme lösen können.

■ INFORMATIONEN

Bedrohung für Christen

Der für den bevorstehenden 9. SED-Parteitag bestimmte Entwurf eines neuen SED-Programms strebt die atheistische Gleichschaltung aller DDR-Bürger an. Es handelt sich bei dieser Absicht, wie der Sprecher der CDU, Willi Weiskirch erklärte, um nichts anderes als eine akute Bedrohung der Christen in der DDR. Indem die Gläubigen durch die Proklamation des Atheismus zur Staatsideologie gewissermaßen in die Illegalität getrieben würden, hätten sie nun auch ständig ihren gesellschaftlichen Garaus vor Augen. Der „Geist von Helsinki“ weht an den Christen in der DDR vorbei.

Testfall Handelskonferenz

Die Union sieht in der laufenden 4. Welthandelskonferenz einen Testfall für die Frage, welche Kräfte in der Bundesregierung die Richtung der Politik gegenüber der Dritten Welt bestimmen. Die Konferenz werde zeigen, ob sich die „sozialistische Strategie von sich die „minister Bahr durchsetzen“ oder ob es den „liberalen“ Ministern im Kabinett gelingen werde, — „ausnahmsweise auch einmal in der politischen Praxis“ —, einen klaren marktwirtschaftlichen Kurs zu halten, erklärte der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Todenhöfer. Er kritisierte die Bundesregierung, weil sie Zusagen über öffentliche Hilfeeinstellungen abgebe, die sie gar nicht einhalten könne. Damit mache sie sich international unglaubwürdig und schwäche ihre Verhandlungsposition in Nairobi.

Keine FDP-Fraktion

Es bleibt dabei: Die acht FDP-Abgeordneten des bayerischen Landtages haben keinen Anspruch auf einen Fraktionsstatus. Der von der FDP angerufene bayerische Verfassungsgerichtshof hat entschieden, daß die Geschäftsordnungsbestimmung des Landtags, nach der eine Fraktion mindestens zehn Abgeordnete zählen müsse, mit der bayerischen Verfassung vereinbar sei. Das Gericht verwies auf die Geschäftsordnungsautonomie des Landtags, deren verfassungsrechtliche Schranken bei der Festsetzung des Quorums beachtet worden seien. Ein „Kernbestand“ an parlamentarischen Rechten sei auch im Fall der acht FDP-Abgeordneten gewahrt.

Auf Suche nach Daten

Besondere Aufmerksamkeit will die CDU künftig dem Finanzgebaren der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten widmen. Auf einer in Bonn abgehaltenen Konferenz des Medien-Koordinierungsausschusses mit den CDU/CSU-Gremienmitgliedern von ARD und ZDF unter Leitung des medienpolitischen Sprechers der CDU, Christian Schwarzschilding, wurde hierzu eine spezielle Arbeitsgruppe gebildet. Ihr gehören an: Hans Scheele, Vorsitzender des ZDF-Finanzsausschusses, Karl-Heinz Schmitz (Berlin) und Staatssekretär Joachim Dorenburg, stellv. Rundfunkratsvorsitzender des Deutschlandfunks. Aufgabe der Arbeitsgruppe wird es sein, objektive Daten für den Finanzbedarf der ARD-Anstalten und des ZDF zu ermitteln. Vor einer Entscheidung über eine Anpassung der Rundfunkgebühren durch die zuständigen Organe der Länder hält die CDU eine objektive Kostenermittlung für unverzichtbar.

Es kommt auf Ihre Tatkraft an

Liebe Freunde,

in gut zwei Wochen werden wir unseren Bundesparteitag in Hannover durchführen. Er wird mit der Verabschiedung der Wahlplattform und des Europäischen Manifests ein weiterer Meilenstein hin zu unserem Ziel sein, am 3. Oktober eine Wende in der deutschen Politik herbeizuführen.

Unter der Führung von Helmut Kohl befindet sich die Union in einer hervorragenden Verfassung. Aus allen Kreisen unserer Mitglieder und Freunde erreichen uns in diesen Tagen Beweise der Bereitschaft, für die Union zu kämpfen und sich zu ihr zu bekennen.

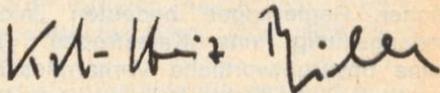
Es gilt, diese Tatkraft zu nutzen und nicht verpuffen zu lassen. Wir können es uns — gerade auch angesichts der Propagandamaschine der SPD/FDP-Koalition — nicht erlauben, auf die tägliche Hilfe und den täglichen Einsatz unserer Mitglieder zu verzichten.

Die Stimmung in den Kreis- und Ortsverbänden ist gut und zuversichtlich. Aber, auch das muß gesagt werden, wir dürfen nicht übermütig werden. Bis zum 3. Oktober sind noch viel Energie, Einsatz und Überzeugungskraft erforderlich.

Deshalb möchte ich Sie bitten, für Ihre Aktivitäten vor der Sommerpause die zahlreichen Materialien zu nutzen, die von der CDU-Bundesgeschäftsstelle angeboten werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



Karl-Heinz Bilke

VOLKSFRONT

Kanzler Schmidt verharmlost Gefahren durch Kommunisten

Bundeskanzler Schmidt hat in dem US-Nachrichtenmagazin „Time“ die Feststellung getroffen, Kommunisten in den Regierungen Frankreichs oder Italiens „würden nicht zwangsläufig eine Katastrophe“ bedeuten. Dazu erklärte der Vorsitzende des außen- und deutschland-politischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Marx:

Daß eine maßgebende Regierungsbeteiligung von Kommunisten in wichtigen europäischen Staaten wie Frankreich und Italien nicht nur „nicht wünschenswert“ ist, sondern eine höchst gefährliche Entwicklung für den Bestand demokratischer und rechtsstaatlicher Freiheiten einleiten würde, gehört zu den Grundüberzeugungen, welche das außenpolitische Handeln der Union bestimmen.

Jüngste Äußerungen von Bundeskanzler Schmidt stimmen mit der Auffassung der Opposition insoweit überein, daß eine Machtteilung zwischen Demokraten und kommunistischen Kaderparteien in den beiden genannten westlichen Staaten nicht wünschenswert sei.

Aber der oberflächliche Satz von Schmidt, Kommunisten in demokratischen Regierungen bedeuten „nicht zwangsläufig eine Katastrophe“, ist eine unverantwortliche Verharmlosung und kann von vielen Italienern bei den Wahlen geradezu als Ermunterung, ihre

Stimme der extremen Linken zu geben, verstanden werden.

Bundeskanzler Schmidt selbst weiß zu genau, daß seine Hinweise auf zeitweise kommunistische Beteiligungen an kurzlebigen Regierungen in Island und Portugal am Kern der Sache vorbeigehen und Unvergleichbares vergleichen.

Die große organisatorische Stärke der dem Leninismus verpflichteten kommunistischen Parteien in Italien und Frankreich macht sie zu einer ernsthaften Gefahr für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte in zwei wichtigen mit unserem Land vielfältig und eng verbundenen Nachbarstaaten. Tiefe Auswirkungen einer kommunistischen Regierungsbeteiligung dort auf andere europäische Länder kann niemand ableugnen.

Selbstverständlich wird in der Union das Verhältnis der kommunistischen Parteien in Italien und Frankreich zur KPdSU sorgfältig beobachtet. Niemand übersieht dabei den wachsenden Groll sowjetischer Parteiführer über die Bestrebungen ihrer Genossen in Rom und Paris, den Mantel westlicher Pluralität überzuwerfen und sich immer selbständiger zu gebärden.

Niemand in einer zur freiheitlichen Demokratie entschlossenen Partei darf aber vergessen, daß es sich bei beiden kommunistischen, festgefügtten Partigruppierungen um Feinde eben dieser freiheitlichen Demokratie handelt, deren Instrumente sie so lange nutzen, bis sie sich in den Besitz der Macht gebracht haben.

Ebenfalls seine Sorge über eine mögliche Beteiligung von Kommunisten an westeuropäischen Regierungen hat der Generalsekretär der CDU, Prof. Kurt H. Biedenkopf, bei der jüngsten Sitzung des CDU-Präsidiums ausgedrückt.

■ EUROPA

Elf Parteien der Mitte gründeten die Europäische Volkspartei

Elf europäische Volksparteien der Mitte sind in ihrem Bemühen, ein gemeinsames Europa politisch zu verwirklichen, ein bedeutendes Stück näher gekommen. Sie gründeten in der belgischen Hauptstadt am 29. April 1976 die Europäische Volkspartei. Die Gründungsversammlung berief den belgischen Premierminister Leo Tindemans, dem in diesen Tagen für seine Bemühungen um die Einigung Europas der Karlspreis der Stadt Aachen verliehen wurde, zum ersten Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei.

Im Gebäude der Europäischen Gemeinschaft, in der Rue Ravenstein in Brüssel, wurde von Vertretern christlich-demokratischer Parteien aus sieben Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft eine entscheidende Etappe auf dem Wege zur ersten europäischen Direktwahl zurückgelegt. Folgende Parteien riefen die Europäische Volkspartei ins Leben:

- Christliche Volkspartei, Parti Social Chrétien (Belgien);
- Christlich-Demokratische Union, Christlich-Soziale Union, (Bundesrepublik Deutschland);
- Centre Démocrat Sociale (Frankreich);
- Fine Gael (Irland);
- Democrazia Cristiana (Italien);

- Christlich-Soziale Volkspartei (Luxemburg);
- Anti-revolutionäre Partei, Christlich-Historische Union, Katholische Volkspartei (Niederlande).

Die neue Partei will, wie es die Präambel ihrer Satzung festlegt, in Europa eine Gemeinschaft freier Menschen und verantwortungsbewußter Bürger fördern, die in vollem Umfange teilnehmen am sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben, an der pluralistischen Gesellschaft, eine Gemeinschaft, die zugleich gerecht, friedliebend, solidarisch gegenüber den Völkern der ganzen Welt ist.

Die neue Partei will sich nicht nur an den Direktwahlen zum Europäischen Parlament beteiligen, einen gemeinsamen Wahlkampf führen und die enge und ständige Zusammenarbeit ihrer Mitglieder fördern, sie will darüberhinaus gemeinsam in offensiver Weise die europapolitischen Vorstellungen propagieren, die in den vielbeachteten Berichten des Präsidenten der christlich-demokratischen Fraktion im Europaparlament, Alfred Bertrand und des Ministerpräsidenten Belgiens, Herrn Leo Tindemans, ihren Niederschlag gefunden haben.

Alle elf Parteien, davon acht in Regierungsverantwortung, sind sich einig, daß

— nur ein demokratisches und pluralistisches Europa dem Willen der

Europäer entspricht und die Zukunft sichern kann;

- daß dieses Europa ein Bundesstaat mit freiheitlicher Verfassung sein muß;
- daß schon jetzt innerhalb der Europäischen Gemeinschaft entscheidungsfähige Institutionen geschaffen werden müssen.

Die politischen Vertreter, die in Brüssel die Europäische Volkspartei aus der Taufe hoben, waren sich darüber einig, daß diese Partei offen sein müsse für andere Parteien der Mitte in Europa.

Insbesondere der Vorsitzende der französischen Delegation wies darauf hin, daß beabsichtigt sei, für die ersten Direktwahlen zum Europaparlament eine gemeinsame Liste aller drei in der Regierungsmehrheit verbundenen Parteien zu schaffen. Diese Intention wurde gerade von der CDU stets befürwortet, die immer betonte, daß die Europäische Volkspartei in allen neun Ländern der Europäischen Gemeinschaft über starke Mitgliedsparteien verfügen müsse. Mit der Gründung der Europäischen Volkspartei ist es den christlich-demokratischen Parteien gelungen, ihre seit vielen Jahren bestehende Zusammenarbeit zu intensivieren, den politischen Gegebenheiten anzupassen und eine geeignete Organisationsform zu finden, um die europäischen Fragen der Gegenwart und in Zukunft lösen zu können.

Sofort nach dem Krieg begann Arbeit für Europa

Schon unmittelbar nach dem Krieg nahmen die christlichen Demokraten in den Nouvelles Equipes Internationales ihre Zusammenarbeit wieder auf und schufen sich einige Jahre später mit der

Europäischen Union Christlicher Demokraten eine Organisation für einen intensiven politischen Meinungsaustausch.

Es war die CDU, sie stellt mit dem Bundestagsvizepräsidenten Kai-Uwe von Hassel den Präsidenten der Europäischen Union Christlicher Demokraten, die alle Bemühungen forcierte, die Zusammenarbeit zu verstärken, für die Direktwahl eine neue einheitliche Organisation zu schaffen und der europapolitischen Konzeption der Sozialisten eine eigene, freiheitlich-demokratische entgegenzustellen.

Drei Grundideen im Mittelpunkt der Aktivität

Dabei standen drei Grundideen im Mittelpunkt der europapolitischen Aktivität der CDU:

- ① Schaffung einer föderativen Partei innerhalb der Europäischen Gemeinschaft;
- ② ihre Offenhaltung für andere Parteien der Mitte in Europa;
- ③ die Intensivierung der Zusammenarbeit der Parteien der Mitte über den Bereich der Europäischen Gemeinschaft hinaus, um diesen die Beteiligung an der europäischen Integration zu sichern.

Die ersten beiden Ziele sind erreicht, hinsichtlich des dritten geben die bisher erreichten Ergebnisse Anlaß zu Optimismus.

Für die Europäische Volkspartei stellt sich nun die Aufgabe, ihr europapolitisches Programm zu konzipieren, das Zielvorstellungen hinsichtlich der Europäischen Union definiert und den Weg weist, dieses Ziel in praktische Politik umzusetzen.

■ BUNDESTAG

Mittelstandsfeindliche Politik bedarf dringend der Korrektur

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert noch in dieser Legislaturperiode die Verabschiedung eines mittelstandspolitischen Sofortprogramms als Einstieg in eine langfristig konzipierte Mittelstandspolitik, deren Realisierung zu Beginn der nächsten Legislaturperiode in Angriff genommen werden muß. Im Rahmen des Sofortprogramms sollen nach den Worten des Mittelstandsexperten Hansheinz Hauser jene Maßnahmen noch bis zur Sommerpause verabschiedet werden, die von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorgelegt wurden und die schon seit längerer Zeit, z. T. seit Jahren, im Bundestag beschlußreif vorliegen.

① Im Bereich der Wettbewerbspolitik ist dies der CDU/CSU-Gesetzesentwurf zur Verbesserung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (Drs. 7/2049), durch den die Leistungsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen gestärkt und ihre wettbewerblichen Nachteile im Verhältnis zu Großunternehmen ausgeglichen werden können.

Als erster Schritt müssen ein Verbot der mißbräuchlichen Preisgegenüberstellung in der Werbung mit dem Ziel der Täuschung des Verbrauchers sowie eine gesetzliche Neuregelung des Verkaufes unter Einstandspreis und eine

Reform des Aus- und Räumungsverkaufsrechtes erreicht werden.

② Darüber hinaus muß die Bundesregierung das in ihrer Macht Stehende tun, um Großhandlungen, insbesondere sog. Cash-and-Carry-Großhandlungen, die an private Letztverbraucher absetzen, zur Einhaltung der für den Einzelhandel geltenden Vorschriften zu zwingen, insbesondere zur Einhaltung des Ladenschlußgesetzes und der Verordnung über Preisangaben.

③ Weiterhin wird die Bundesregierung aufgefordert, geeignete und wirksame Maßnahmen gegen den Verdrängungswettbewerb im Einzelhandel zu erarbeiten, um insbesondere die Flächenexpansion von Großbetriebsformen des Einzelhandels, der Verbrauchermärkte und SB-Warenhäuser einzudämmen, soweit dadurch die Stadtentwicklung und die Nahversorgung der Bevölkerung beeinträchtigt wird.

④ Zu Beginn der neuen Legislaturperiode soll dann im Bereich der Wettbewerbspolitik sofort mit der Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen begonnen werden. Die in diesem Bereich notwendigen Einzelmaßnahmen hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits jetzt mit ihrem strukturpolitischen Aktionsprogramm für kleine und mittlere Unternehmen sowie für freie Berufe (Bundestagsdrucksache 7/4759) detailliert dargestellt.

⑤ Auch mit der Verbesserung der

Maßnahmen innerhalb des ERP-Programms im Bereich der Kreditpolitik kann schon bei der Aufstellung der Wirtschaftspläne des ERP-Sondervermögens begonnen werden mit dem Ziel einer

- Erhöhung der ERP-Darlehen zur Förderung der Existenzgründung mit dem Ziel einer besseren Starthilfe für Unternehmensgründung und Betriebsübernahme,
- Erhöhung der ERP-Darlehen zur Errichtung von Betrieben in neuen Stadtteilen und
- Schaffung eines neuen ERP-Kreditprogrammes „Standortförderung“ für die mittelständische Wirtschaft, das auch der Förderung der Errichtung bzw. Wiedererrichtung von Gewerbebetrieben in alten Stadtteilen, Vorstädten, Stadtrandgebieten und auf dem flachen Lande dienen sollte.

6 Schließlich kann und muß die Bundesregierung schon jetzt damit beginnen, kleine und mittlere Unternehmen am öffentlichen Auftragsvolumen stärker zu beteiligen. Die CDU/CSU-Fraktion hat in ihrem strukturpolitischen Aktionsprogramm hierzu 12 Einzelmaßnahmen vorgeschlagen, die von der Verwaltung eingeleitet werden müßten.

7 Für den Bereich der freien Berufe

sollte mindestens der interfraktionell eingebrachte Entwurf eines Partnerschaftsgesetzes noch in dieser Periode verabschiedet werden.

8 Für den Bereich der Steuerpolitik hat die CDU/CSU bereits in ihrem strukturpolitischen Aktionsprogramm ein umfassendes steuerpolitisches Aktionsprogramm veröffentlicht, um zu zeigen, in welcher Richtung die Steuerreform mittelstandsgerecht mit dem Ziel weiterentwickelt werden soll, die Eigenkapitalbasis der kleinen und mittleren Unternehmen zu stärken.

Die so konzipierte Mittelstandspolitik der Union findet ihre Begründung nicht nur in der Notwendigkeit zur Förderung und Erhaltung der kleinen und mittleren Unternehmen, sondern letztlich auch zur Erhaltung der Arbeitsplätze in diesem Bereich.

Nach wie vor befinden sich 58,6 Prozent aller Arbeitsplätze bei Klein- und Mittelunternehmen, und diese Arbeitsplätze sind durch die mittelstandfeindliche Politik der Koalitionsregierung in besonderem Maße gefährdet worden.

Kurskorrektur in der Mittelstandspolitik ist daher das Gebot der Stunde, ist daher eine Aufgabe, die der Bundestag noch am Ende der 7. Legislaturperiode bewältigen muß, wenn er nicht eine mittelstandspolitische Negativbilanz vorlegen will.

Entwurf des Grundsatzprogramms

Der Entwurf des Grundsatzprogramms liegt jetzt gedruckt vor (vgl. UID 18/76). Die CDU-Kreisverbände werden innerhalb der nächsten zwei Wochen je 100 Exemplare dieses Entwurfs als Grundausrüstung erhalten.

Weitere Exemplare können beim IS-Versandzentrum, Postfach 6666, 483 Gütersloh 1, Telex 9 33 753 iserv d., bestellt werden.

Umfang: 40 Seiten / Mindestabnahme: 25 Exemplare / Preis 0,25 DM pro Exemplar
Bestell-Nr.: 5479

Alle Preise verstehen sich incl. Verpackungskosten zuzüglich Porto- bzw. Frachtkosten und Mehrwertsteuer.

■ KOALITION

Marburgs SPD-Dauerkrise

In der Marburger SPD gärt es weiter. Grund: Trotz Parteiordnungsverfahren gegen vier Mitglieder bleiben linke Kreise der Marburger SPD bei ihrer Überzeugung, daß eine Zusammenarbeit im Stadtparlament mit der DKP eher möglich ist als mit der CDU. Die inneren Unruhen innerhalb der SPD drücken sich auch in einem Führungswechsel aus. Der erst am 29. März gewählte Vorsitzende, Thomas Neumann, hat sein Amt bereits nach wenigen Wochen niedergelegt. Den Hintergrund der Spannungen bildet das Kommunalwahlergebnis von 1974, das SPD/FDP und CDU mit jeweils 27 Mandaten Stimmgleichheit und der DKP fünf Mandate brachte.

Festgeschmiedet

„Die FDP ist nach wie vor fest an die SPD geschmiedet.“ Diese Feststellung traf Helmut Kohl in seinem Lagebericht vor dem Bundesvorstand der CDU bei seiner jüngsten Klausurtagung. Wie recht er hat, dafür lieferte die schleswig-holsteinische FDP jetzt den Beweis. Einmütig sprach sie sich in Bad Segeberg für die Fortsetzung der Koalition mit der SPD aus. Die 170 Delegierten richteten dies als Aufforderung an den FDP-Bundesparteitag Ende Mai in Freiburg. Bei der Aussage gab es dann auch gleich Hiebe für die FDP-Kollegen in Hannover und Baden-Württemberg: Nach den Vorfällen um den Regierungswechsel in Hannover und der „Bange-macherei“ durch den FDP-Landesvorsitzenden Bangemann müsse der aufkommenden Unsicherheit eine klare

Aussage entgegengesetzt werden. Die Aussage ist in der Tat klar ausgefallen: Die FDP bleibt Blockpartei.

Friderichs contra Matthöfer

Auf der Festversammlung des Vereins Deutscher Ingenieure in Köln hat Bundeswirtschaftsminister Friderichs (FDP) dem Konzept des sozialdemokratischen Bundesforschungsministers Matthöfer, der die staatliche Lenkung von Forschung und Innovation (technologische Weiterentwicklung) fordert, eine klare Absage erteilt. In der weitgehend mit der Auffassung der Union übereinstimmenden Kritik Friderichs an Matthöfer wird deutlich, daß bei jedem System direkter staatlicher Förderung die Gefahr investitionslenkender Effekte wachse. Die Union hat wiederholt darauf hingewiesen, daß über 90 Prozent der staatlichen Forschungsmittel an Großunternehmen gehen, während der besonders innovationsfreudige Mittelstand leer ausgeht. Deshalb tritt die Union für eine Verstärkung der indirekten, steuerlichen Forschungsförderung ein.

FDP und die Freiheit

Zur zentralen Forderung der FDP-Wahlplattform nach mehr Freiheit des einzelnen Bürgers erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Philipp Jenninger: Die FDP entlarvt sich als scheinheiliger Trittbrettfahrer. Nachdem sie im Verbund mit der SPD sieben Jahre an der fortschreitenden Einengung der Freiheiten und Möglichkeiten des einzelnen Bürgers mitgewirkt hat und dafür von den Wählern nun auch zunehmend in die Verantwortung genommen wird, hält sie kurz vor der Bundestagswahl den Zeitpunkt für gekommen, durch eine Offensive gegen die eigene

Politik sich aus der Verantwortung zu stehlen. Dieses durchsichtige Manöver wird niemanden täuschen. Die Ergebnisse der Landtagswahl in Baden-Württemberg haben erwiesen, daß die Bürger allein der CDU/CSU zutrauen, die persönliche Freiheit des einzelnen zu garantieren und wieder zu stärken.

Leere Versprechungen

Mit der Ministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Katharina Focke, ist für die SPD kein Staat mehr zu machen. Sie scheint mit ihrer Weisheit am Ende, wie der zuständige Experte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kroll-Schlüter, feststellt: Kein neues Jugendhilferecht, kein neues Jugendenschutzgesetz, kein neuer Bundesjugendplan. Und wie großartig hörten sich vor Jahren die Versprechungen von Frau Focke an? Es zeigt sich in aller Klarheit, wie leichtfertig diese Bundesregierung mit einer Inflation der Versprechungen bei der Jugend Erwartungen weckte, die sie nicht halten konnte. Die SPD wird es dem Wähler zu erklären haben, warum die zuständige Ministerin sich nicht einmal in der Lage sah, ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Vorlage des Jugendberichtes im Parlament nachzukommen, zumal eine gründliche Analyse auf diesem Gebiet notwendige Voraussetzung für politisches Handeln gewesen wäre. Die Union wird sich dafür einsetzen, daß dieser Jugendbericht nicht in der Schublade verschwindet, sondern zu Beginn der nächsten Legislaturperiode im Bundestag zur Diskussion gestellt wird. Dann müssen Taten folgen.

WUSSTEN SIE SCHON . . .

. . . daß Bundesforschungsminister Hans Matthöfer für die Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Kernenergie im Wahljahr plötzlich 3,2 Millionen DM ausgeben will, während ihm noch im letzten Jahr 800 000 DM ausreichten?

. . . daß die SPD/FDP-Koalition den Anteil der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt von 37 Prozent 1969 auf über 47 Prozent 1975/76 erhöht hat und im Wege dieser kalten Sozialisierung immer mehr Staat verwirklicht?

. . . daß den Arbeitnehmern 1976 von jeder zusätzlich verdienten Mark nur 41,4 Pfennig übrigbleiben, während es 1974 im Durchschnitt noch 60 Pfennig waren?

. . . daß die Lebenshaltungskosten nach Feststellung der Arbeitsgemeinschaft für Verbraucher (AGV) in den letzten fünf Jahren um 34,7 Prozent gestiegen sind?

. . . daß nicht weniger als 32 Prozent der Haushaltsausgaben bei der mittleren Verbraucherschicht auf staatlich beeinflusste Preise entfallen, die Jahr für Jahr um zwei Prozentpunkte stärker als die freien Preise gestiegen sind?

. . . daß nach einer Umfrage des Emnid-Instituts 70 Prozent der Bundesbürger von der Regierung eine energischere Politik gegenüber den Ostblockstaaten und der DDR verlangen?

. . . daß im Rahmen der weltweiten Rüstungsausgaben, die 1974 die neue Rekordhöhe von rund 285 Milliarden Dollar (740 Milliarden Mark) erreichten, die Sowjetunion mit Ausgaben in Höhe von 93 Milliarden Dollar Spitzenreiter vor den USA mit 77,9 Milliarden Dollar ist?

■ KATASTROPHENSCHUTZ

Wirksamere Vorbereitungen auf akute Notsituationen

Nach der Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen wurde auch in der Öffentlichkeit, insbesondere in den Katastrophenschutzorganisationen, immer wieder die Frage gestellt, ob sich eine Katastrophe dieses Ausmaßes in einem anderen Bundesland wiederholen könnte und ob wir darauf in Zukunft besser vorbereitet sind. Konkret: Reichen die getroffenen organisatorischen Vorbereitungen aus, sind alle erforderlichen rechtlichen Voraussetzungen geschaffen und stehen genügend gut ausgerüstete und ausgebildete Hilfskräfte bereit, um einer ähnlich großen Katastrophe gewachsen zu sein?

Ein effektiver Katastrophenschutz, stellt der Innenminister von Rheinland-Pfalz, Heinz Schwarz, fest, der diesen Problemen nachgegangen ist, setzt zunächst voraus, daß die sich im Katastrophenfall stellenden Organisations- und Führungsfragen gelöst sind. Es muß z. B. sichergestellt sein, daß bei einer Katastrophe die verschiedenen Hilfsorganisationen, die Polizei und die Verwaltungsbehörden reibungslos zusammenarbeiten können.

Das bedeutet: Der Katastrophenschutz ist nur so wirksam wie die zur alltäglichen Gefahrenabwehr ständig präsenten Einrichtungen. Rund um die Uhr

sind nur die Polizei, die Feuerwehr, die Bundeswehr, Sanitäts- und Rettungsdienstorganisationen wie Deutsches Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund, Malteser-Hilfsdienst, Johanniter Unfallhilfe, das Technische Hilfswerk und die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft einsatzbereit.

Wenn man von Polizei und Bundeswehr absieht, stehen in diesen Organisationen Tausende von Helfern schnell zur Verfügung, die meisten bei der Feuerwehr. Die Feuerwehr ist deshalb das Rückgrat des Katastrophenschutzes, weil sie praktisch überall vorhanden ist, eine auf Notsituationen ausgerichtete, umfassende Aufgabenstellung hat, mit den auf die verschiedensten Gefahrenlagen hin konstruierten Fahrzeugen und Geräten ausgerüstet ist und sofort alarmiert werden kann.

Eine Voraussetzung dafür, daß auch Katastrophen großen Ausmaßes gemeistert werden können, ist die Fähigkeit, die auf den alltäglichen Fall zugeschnittenen Einheiten jederzeit und problemlos wie Bausteine zu größeren Einheiten zusammenfassen zu können. Nur wenn diese Fähigkeit eingeübt ist, kann im Ernstfall die Einsatzleitung alle zur Verfügung stehenden Kräfte straff und wirkungsvoll führen und einsetzen. Hier ist noch einiges zu verbessern.

Soll die Arbeit der Katastrophenschutzorganisationen optimal sein, dann muß in „Friedenszeiten“ überlegt werden,

wie das Hilfspotential des Bundesgrenzschutzes, der Bundeswehr und der in der Bundesrepublik stationierten alliierten Streitkräfte für die Bewältigung von Katastrophen sinnvoll genutzt werden kann. Der Bundesgrenzschutz und die Bundeswehr können, wenn die eigenen Kräfte nicht ausreichen, die für den friedensmäßigen Katastrophenschutz zuständig sind, jederzeit zur Hilfeleistung angefordert werden. Auch die alliierten Stationierungstreitkräfte waren bisher, wenn sie um Hilfe ersucht wurden, stets dazu bereit.

Katastrophenschutzpläne müssen eingeübt sein

Voraussetzung für ein erfolgreiches Zusammenwirken aller verfügbaren Kräfte war und ist jedoch in jedem Fall, daß dieses Zusammenwirken in ausgearbeiteten Katastrophenschutzplänen bereits soweit wie möglich festgelegt, fortgeschrieben und eingeübt ist. Dieses Training ist im Ernstfall zusammen mit einer gut funktionierenden Einsatzleitung der Schlüssel zur effektiven Katastrophenabwehr.

Realistische und funktionsgerechte Alarm- und Einsatzpläne sind mehr als nur Adressensammlungen und Telefonverzeichnisse. Sie müssen einen Maßnahmenkatalog enthalten, der auf die verschiedensten Gefahrenarten und auf alle Größenordnungen von Schadenssituationen abgestellt ist. So gehören z. B. bereits ausgearbeitete Funkpläne dazu. Da es schon bei normalen Schadenslagen, wie z. B. Verkehrsunfällen nötig ist, daß die verschiedenen Hilfsorganisationen, wie Polizei, Feuerwehr, THW und Rettungsdienst reibungslos zusammenarbeiten, müssen in den Plänen zur Katastrophenabwehr auch die neben der Feuerwehr beste-

henden Organisationen entsprechend ihren festgelegten Aufgaben berücksichtigt sein.

Da die Übergänge vom kleinen Unfall bis zur Katastrophe fließend sind, müssen auf allen Ebenen von der Gemeinde bis zum Ministerium Stäbe zur Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen gebildet werden, die den Anforderungen von Gefahrenlagen aller Art gewachsen sind. Im Interesse eines schnellen, konzentrierten und massiven Einsatzes muß die Aufsichtsbehörde den Einsatz der Feuerwehren direkt anordnen können, ohne zunächst die Einsatzleitung zu übernehmen.

Eine zentrale Bedeutung kommt der Einsatzleitung zu. Sie muß klar geregelt und mit den notwendigen Befugnissen ausgestattet sein. Ferner muß sichergestellt sein, daß beim Anwachsen einer Gefahr die Leitung ohne Schwierigkeiten von der untersten bis auf die höchste Ebene verlagert werden kann.

Eine noch so gut durchdachte Organisation reicht jedoch allein zur wirksamen Katastrophenbekämpfung nicht aus; ebenso wichtig ist auch eine gute und zweckmäßige technische Ausstattung der Einsatzkräfte, vor allem mit Führungsmitteln wie Funk- und Fernsprecheinrichtungen.

Die Abwehr einer Gefahr beginnt mit ihrer Meldung

Vordringlich ist deshalb der Ausbau des Funk- und Fernsprechwesens bei der Polizei, dem Rettungsdienst, der Feuerwehr und dem Katastrophenschutz. Denn die Abwehr einer Gefahr beginnt schon damit, daß der Bürger diese Gefahr melden kann.

In Rheinland-Pfalz z. B. wurde deshalb in den letzten drei Jahren der einheitli-

che Notruf 110 mit Vorrang ausgebaut. Heute können schon über 90 Prozent der rheinland-pfälzischen Bevölkerung über den einheitlichen Notruf 110 jederzeit eine ständig besetzte Polizeidienststelle erreichen.

Diese Polizeidienststellen, die direkt an das Feuerwehrfunknetz angeschlossen sind, veranlassen die ersten Abwehrmaßnahmen, wie die Benachrichtigung der zuständigen Rettungsleitstelle oder die Alarmierung der Feuerwehr über Draht oder Funk. Der Ausbau der Funkalarmierung wird vorrangig betrieben. Durch den Aufbau eines Funkrelaisnetzes, das bei Katastrophen als Führungsinstrument dient, wird sichergestellt, daß schnelle und wirksame Hilfe geleistet werden kann. Ergänzt wird dieses Netz durch feste Funkstationen, die zusätzlich zu den Stationen auf Kreisebene in jeder rheinland-pfälzischen Verbandsgemeinde eingerichtet werden sollen, und die Funkanlagen in Kommandowagen und anderen Fahrzeugen der Einsatzkräfte.

Bei Einsätzen kann so ohne Verzögerung von der Einsatzleitung jederzeit Verstärkung an Ausrüstung und Personal herangeführt werden. Sobald die Feststationen der Gemeinden oder Kreise besetzt sind, werden von dort alle weiteren Maßnahmen veranlaßt. Die gesamte Fernmeldekonzepktion zielt darauf ab, einen nahtlosen Übergang der Einsatzführung vom kleinen Verkehrsunfall über den Großbrand bis zur Katastrophe zu ermöglichen.

Bei der Ausstattung Schwerpunkte setzen

Die Ausstattung der Katastrophenschutz-Organisationen mit Fahrzeugen und Geräten muß laufend den Bedürfnissen und dem neuesten Stand der

Technik angepaßt werden. Wegen der angespannten Finanzlage der öffentlichen Haushalte müssen jedoch dabei noch stärker als bisher Schwerpunkte gesetzt werden. Bestrebungen des Bundes, teures Spezialgerät mit dem dazugehörigen Personal ständig einsatzbereit zu halten, sollten deshalb wegen der hohen Unterhaltskosten, die dazu noch Jahr für Jahr bei gleichbleibender Finanzausstattung des Katastrophenschutzes steigen werden, äußerst kritisch geprüft werden. Es dürfte billiger sein, Spezialgerät, über das private und militärische Einrichtungen verfügen, zu registrieren und im Ernstfall darauf zurückzugreifen.

Die Ausbildung muß intensiviert werden

Die Ausbildung von Führungskräften, vor allem von Stabpersonal, muß intensiviert werden. Außerdem muß das Führungswissen und die Führungsfähigkeit der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes den für den Katastrophenschutz zuständigen zivilen Stellen vermittelt werden. Ebenso notwendig erscheint es, die jährlichen Großübungen und Planspiele auf Kreisebene im größeren Rahmen durchzuführen und dabei den Bundesgrenzschutz und die Bundeswehr mit einzubeziehen.

Nachdem der Erfahrungsbericht des Landes Niedersachsen über den Ablauf der Waldbrandkatastrophe vorliegt, muß eingehend geprüft werden, ob und inwieweit die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen für den Katastrophenschutz geändert oder ergänzt werden müssen. Diese Prüfung muß sich auch auf die Ausrüstung erstrecken, um künftig Großgefahrenlagen wirksam begegnen zu können.

Umweltvorsorge zur Sicherung unserer Zukunft

Wer morgen menschengerecht leben will,
muß heute seine Umwelt schützen.

Die Industrialisierung brachte eine gewaltige Steigerung der Produktion und Güterversorgung, des Wohlstandes und der Lebenserwartung. Aber dieser Fortschritt bedroht auch immer stärker unsere Umwelt. In der Bundesrepublik Deutschland allein

- gefährden 20 Mio. t Schadstoffe in der Luft die Gesundheit der Bürger;
- schädigen 24 Mio. t Abfälle die Landschaft und bedrohen die Sauberkeit des Grundwassers;
- verunreinigen 50 Mio. l Abwasser täglich allein den Rhein und damit die Trinkwasserversorgung von 20 Millionen Bundesbürgern.
- Der Lärm, der vor allem vom Kraftfahrzeugverkehr und vom Luftverkehr ausgeht, beeinträchtigt das menschliche Wohlbefinden.

Die Union stellt sich der zentralen politischen Aufgabe, diese Gefahren abzuwenden, um unseren Bürgern eine gesunde Umwelt zu bewahren. Der billigste Umweltschutz ist der, der Umweltschäden gar nicht erst entstehen läßt bzw. auf ein Mindestmaß beschränkt. Dieses Ziel verfolgten die gesetzlichen Maßnahmen der CDU-geführten Bundesregierungen:

- Wasserhaushaltsgesetze 1957, 1964, 1969.
- Gesetz zum Schutz gegen Luftverunreinigungen und Lärm aus der Industrie 1959.
- Gesetze über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetze) 1959, 1968.
- Waschmittelgesetz 1961.

- Gesetz über Versorgungsmaßnahmen zur Luftreinhaltung 1965.
- Pflanzenschutzgesetz 1968.
- Gesetz über Maßnahmen zur Sicherung der Altölbeseitigung (Altölgesetz) 1968.

Seit 1969 hat die CDU folgende Gesetzentwürfe eingebracht:

- Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm in Umgebung von Flughäfen 1969.
- Gesetz über Naturschutz- und Landschaftspflege 1972, 1973.
- Viertes Wasserhaushaltsgesetz (Abwasserbeseitigung) 1973.

Die CDU setzt sich für eine umfassende Umweltvorsorge ein, um den Anspruch aller Menschen auf Reinhaltung der Umwelt und Schutz vor Lärm Geltung zu verschaffen. Grundlage ist die verstärkte Anwendung des Verursacherprinzips im Umweltschutz: Wer Schäden verursacht, soll auch die Kosten ihrer Beseitigung tragen; das ist der Preis für den Schutz unserer Lebensbedingungen. Wo die Anwendung des Verursacherprinzips zu großen sozialen und wirtschaftlichen Härten führt, soll in Ausnahmefällen der Staat für die Beseitigung der Umweltschäden eintreten.

Als Investition für die Zukunft fordert die CDU eine verstärkte Förderung und Entwicklung von umweltfreundlichen Technologien, die einerseits die Verschwendung von Rohstoffen verhindern und andererseits die Wiederverwendung von Abfallstoffen im Produktionsprozeß ermöglichen.

Da die Umweltprobleme nicht an Landesgrenzen haltmachen, setzt sich die CDU für eine internationale Zusammenarbeit ein. Dies gilt insbesondere für die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene.

Die CDU wird dafür sorgen, daß den Absichtserklärungen des europäischen Aktionsprogramms zur Umweltpolitik die entsprechenden Maßnahmen folgen.

Bei der Verwirklichung unserer Umweltprogramme übernimmt der Bürger eine wichtige Aufgabe. Die freiheitliche Lösung der CDU sieht vor, daß der Bürger über eigenes Handeln die Verantwortung für den Umweltschutz mitträgt. Nur so sind die Herausforderungen durch die gefährdete Umwelt in Freiheit zu bewältigen.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

ANSCHRIFT

■ ZITAT

Volksfront an der Uni

Kommunistische Gruppen und Sozialisten vieler Schattierungen und Namen beherrschen von Jahr zu Jahr stärker die studentische Repräsentation an vielen Hochschulen und auf der Bundesszene. Nach einer Zusammenstellung des Kölner Instituts der Wirtschaft ist der Anteil der sozialistischen, marxistischen und kommunistischen Gruppen in den studentischen Parlamenten seit 1969 kontinuierlich gestiegen — in vier Jahren von 60 auf 70 Prozent; 1975 lag er bei 72 Prozent.

Die Anteile und absoluten Stimmzahlen geben ein grobes Bild, das nur in einzelnen lokalen oder gruppeninternen Fällen exakt zu analysieren ist. Ganz deutlich wird jedoch, daß die kommunistischen und marxistischen Kräfte allein nicht ausreichen, um den Einfluß zu haben, den sie tatsächlich ausüben.

Die Verbindungen zwischen SPD und Juso-Hochschulgruppen sowie zwi-

schen FDP und Liberalem Hochschulverband mögen von den jeweiligen Parteizentralen herabgespielt werden; gelehnet werden sie nicht. Beide Studentenverbände, so oder so mit demokratischen Parteien verwandt, ziehen es jedoch vor, lieber mit Kommunisten als mit dem anderen, ebenfalls einer demokratischen Partei nahestehenden Studentenverband, dem RCDS, zu koalieren.

Die Störungen an den Hochschulen sind, von den bekannten Dauerkrisen in Bremen und andernorts abgesehen, rar geworden. Die Ideologisierung der politisch engagierten Studenten hat sich jedoch verschärft. Der Bundesregierung fällt zu dem Thema nichts anderes ein, als zu sparen. Sie sperrte dem VDS die Zuschüsse, und sie sperrt jetzt den einzelnen Studentenverbänden 30 Prozent ihrer Etats. Das bedeutet, da die Kommunisten aus anderen Quellen gut dotiert werden, ein Foul gegenüber den letzten Oppositionellen im Studentenparlament. Ist die Volksfront bereits Programm?

Deutsche Zeitung, 30. April 1976

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 1937 95. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UID